

Volksinitiative

"Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung"

Position der Industriegruppe Agrar

März 2019

Die Initiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» will die Schweizer Landwirtschaft völlig umkrempeln. Nur noch jene Landwirte sollen staatliche Unterstützung erhalten, die keine Pflanzenschutzmittel verwenden, Antibiotika nicht vorbeugend einsetzen und kein Futter für die Tiere zukaufen. Die Initiative wird von den Initianten harmlos «Trinkwasser-Initiative» genannt. Tatsächlich müsste sie jedoch «Import-Initiative» heissen. Die Initiative fördert den Import von Lebensmitteln aus dem Ausland, weil sie die regionale, schweizerische landwirtschaftliche Produktion drastisch senkt. Die Konsequenzen sind klar: Die Qualität der Schweizer Produkte sinkt und die Preise für regionale Produkte steigen massiv.

Schweizerinnen und Schweizer wollen regionale Produkte. Besonders bei Lebensmitteln geniessen regionale Produkte grosses Vertrauen. Ohne gezielten Pflanzenschutz und ohne eine sinnvolle Arbeitsteilung der Bauern bei der Futterproduktion sinken die Erträge der schweizerischen Landwirtschaft. Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Er schreibt in der Botschaft, dass die Initiative weitreichende, schädliche Folgen für die Schweizer Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit hätte. Die Produktion würde durch den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel und auf zugekauftes Futter abnehmen. Die Forderungen der Initiative ignorieren sowohl die Bedürfnisse der Landwirte als auch die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung.

Pflanzenschutzmittel haben sich bewährt

Krankheiten und Schädlinge bedrohen die Erträge der Landwirtschaft. Zum Schutz der Erträge haben sich Pflanzenschutzmittel bewährt. Verbessert hat sich durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln die Qualität der Lebensmittel. Ohne Pflanzenschutzmittel gehen die Erträge im Schnitt um 40 Prozent zurück, das zeigen Berechnungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Bei Spezialkulturen wie Reben und Obst oder bei Kartoffeln und Gemüse muss je nach Witterung und Schädlingsbefall mit Totalausfällen gerechnet werden. Pflanzenschutzmittel werden laufend verbessert. Die Schweiz ist weltweit führend in dieser Forschung.

Auch Bio-Bauern brauchen Pestizide

Angesichts des grossen Nutzens von Pflanzenschutzmitteln, ist es völlig falsch und unsachlich, nur noch Bauern zu unterstützen, die keine Pflanzenschutzmittel einsetzen. Wichtig ist der sorgfältige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die Initiative trifft auch Biobauern. Über 40 Prozent der Pflanzenschutzmittel, die in der Schweiz verkauft werden, sind auch im Biolandbau zugelassen. Auch Biobauern würden keine Subventionen mehr erhalten, wenn sie ihre Pflanzen vor Schädlingen und Konkurrenten schützen.

Initiative schafft Anreiz für schlechte Stallhygiene

Zu den Pestiziden gehören auch Biozide, das sind beispielsweise Reinigungs- und Desinfektionsmittel. Um weiter Direktzahlungen zu erhalten, müssten Bauern Abstriche bei der Stallhygiene machen. Die Lebensmittelsicherheit wäre gefährdet, wenn beispielsweise Gefässe für die Milchproduktion nicht mehr sauber geputzt werden können. Die Initiative hat absurde Konsequenzen. Sie ist völlig untauglich.

Inhalt der Initiative

Direktzahlungen und Subventionen an die Landwirtschaft werden von drei Bedingungen abhängig gemacht. Die Übergangszeit beträgt acht Jahre.

1. Verzicht auf den Einsatz von Pestiziden.
2. Verzicht auf prophylaktischen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung.
3. Verzicht auf Zukauf von Futtermitteln.

Initianten

Verein sauberes Trinkwasser für alle. Präsidentin Franziska Herren, Wiedlisbach. www.sauberes-trinkwasser.ch
Die Initiative wurde mit 114'420 Unterschriften am 18. Januar 2018 eingereicht.

Bundesrat und Wirtschaft

Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Abgelehnt wird die Initiative auch vom Bauernverband und der Wirtschaft. Das Parlament wird sich 2019 mit der Initiative befassen. Mit der Abstimmung wird 2020 gerechnet.

Konsequenzen der untauglichen Initiative

- Die Anreize in der Schweizer Landwirtschaft würden komplett umgestellt. Belohnt würden Bauern, die auf Pflanzenschutz verzichten, Antibiotika nicht prophylaktisch einsetzen und kein Futter zukaufen.
- Die Produktion von regionalen Produkten der Schweizer Landwirtschaft würde massiv sinken. Es müssten viel mehr Lebensmittel aus dem Ausland importiert werden. Dies mit allen unerwünschten Nebenwirkungen auf die Umwelt.
- Die Preise für landwirtschaftliche Produkte aus der Schweiz würden massiv steigen. Im Verhältnis zu Importprodukten würden sie noch weniger konkurrenzfähig. Konsumentinnen und Konsumenten würden für die untaugliche Initiative einen hohen Preis zahlen.
- Ohne Futtermittelzukauf wäre die Produktion von Schweizer Eiern, Geflügel- und Schweinefleisch kaum mehr möglich. Diese Lebensmittel kämen in der Folge vermehrt aus dem Ausland. Zum Teil aus Ländern, in denen das Tierwohlniveau deutlich tiefer ist als bei uns.
- Das sinnvolle Recycling von Nebenprodukten aus der Lebensmittelindustrie, z.B. Getreidekleie aus der Müllereibranche, als Futtermittel wäre für die Bauern unattraktiv. Die Nebenprodukte würden in Biogasanlagen oder in der Verbrennung landen. Ein ökologischer und ökonomischer Unsinn.
- Wenn der eine Bauer dem andern mit Heu aushilft, würde dies durch die Initiative mit dem Entzug von Zuschüssen bestraft. Die Initiative verhindert eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Bauern.
- Die Bauern würden dafür belohnt, ganz auf Pflanzenschutzmittel zu verzichten. Sie könnten ihre Erträge nicht mehr gegen Krankheiten, Schädlinge und Unkräuter schützen. Die Produktion der Landwirtschaft würde massiv sinken. Das verfassungsmässige Ziel der Ernährungssicherheit wäre gefährdet.
- Von der Initiative betroffen sind auch Biobauern. Auch sie setzen Pestizide ein und müssten vollständig auf den Einsatz verzichten, um weiterhin Subventionen zu erhalten. Rund 40 Prozent der in der Schweiz verkauften Pflanzenschutzmittel sind für den Biolandbau zugelassen.
- Sowohl für konventionelle Bauern als auch Biobauern würde die Stallhygiene massiv erschwert. Der Einsatz von Reinigungsmitteln würde mit dem Entzug von Subventionen bestraft. Das ist absurd. Die Lebensmittelsicherheit wäre gefährdet.
- In der Schweiz ist seit April 2016 gesetzlich vorgeschrieben, dass Antibiotika nicht mehr prophylaktisch verschrieben werden dürfen. Zudem sind seit 1999 Antibiotika als Wachstumsförderer verboten. Das zeigt: In der Schweiz gelten in Bezug auf den Einsatz von Antibiotika bereits heute sinnvolle und sachgerechte Regeln. Der Anreiz der Initiative ist unnötig.

Fazit: Die Trinkwasser-Initiative ist untauglich und hätte absurde Konsequenzen.

Was sind synthetische Pflanzenschutzmittel?

Pflanzenschutzmittel sind in der Regel Zubereitungen, d. h. sie enthalten neben den Pflanzenschutzmittelwirkstoffen auch Hilfsstoffe (Formulierhilfsmittel). Es ist nahezu unmöglich Pflanzenschutzmittel in "synthetisch" und "nicht-synthetisch" oder "natürlich" einzuteilen. Nur sehr wenige Wirkstoffe werden heutzutage noch aus der Natur gewonnen. Auch die im biologischen Anbau zugelassenen Pflanzenschutzmittel werden mit modernen industriellen Prozessen hergestellt. Ebenso enthalten viele dieser Produkte synthetische Wirkstoffe oder synthetische Formulierhilfsmittel. Mehr als 40 Prozent der in der Schweiz verkauften Pflanzenschutzmittel sind im biologischen Landbau zugelassen.

Pflanzenschutzmittel gehören zu den am besten erforschten und geprüften Chemikalien. Sie benötigen in der Schweiz eine Zulassung, bevor sie auf den Markt gebracht werden können. Sie müssen unbedenklich für Mensch und Tier und ohne unverträgliche Belastungen für die Umwelt angewendet werden können. Spätestens nach zehn Jahren wird erneut überprüft, ob ein Produkt und sein Wirkstoff noch den Anforderungen entspricht, die man nach neuestem Stand der Wissenschaft an ein sicheres Pflanzenschutzmittel stellt. Ohne synthetische Pflanzenschutzmittel wäre die sichere Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gefährdet. Das steht im Widerspruch zur Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung.

Schweiz weltweit führend

Die schweizerische chemische Industrie ist eine ausgeprägt international ausgerichtete Branche. Besonders deutlich zeigt dies die geografische Gliederung der Verkäufe. Amerika ist mit 43% der grösste Absatzmarkt, gefolgt von Europa mit 33%, der Rest der Umsätze fällt vorwiegend auf Asien; der schweizerische Heimmarkt ist mit nur 2% sehr klein. Für die chemische Industrie ist die Schweiz vor allem ein wichtiger Forschungsstandort. Dennoch: Die Initiative will eine ganze Gruppe von chemischen Wirkstoffen diskreditieren. Ein solcher Ansatz ist fortschritts- und innovationsfeindlich. Die Schweiz liegt bei Forschung und Entwicklung für Pflanzenschutzmittel und Wirkstoffe weltweit an der Spitze – auch betreffend Risikominimierung und nachhaltige Anwendung.

Landwirtschaft auf Pflanzenschutzmittel angewiesen

Eine produzierende Landwirtschaft ist auf Pflanzenschutzmittel angewiesen. Zudem verfügen die Schweizer Bauern über ein sehr grosses Fachwissen und über ein überdurchschnittliches Bewusstsein der Umweltauswirkungen der landwirtschaftlichen Produktion. Die Produzenten setzen seit vielen Jahren nur noch gezielt und nur wenn unbedingt nötig Pflanzenschutzmittel ein – für die Gesundheit der Pflanzen und für die Sicherung der Ernten. Zudem sind bereits viele Initiativen ergriffen worden, um die Risiken beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln weiter zu reduzieren. Mit einem nationalen Aktionsplan will zum Beispiel der Bundesrat die Nachhaltigkeit der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln stärken. Mit der Initiative TOPPS möchte die Industrie einen besseren Gewässerschutz durch Unterstützung der guten fachlichen Praxis erreichen. Auch unterstützt die Industriegruppe Agrar verschiedene Praxisprojekte zur Weiterentwicklung des Weiterbildungs- und Beratungsangebotes für die Landwirte in der Schweiz.

Weitere Informationen: www.agrar-industrie.ch